

18. Demografie-Beiratssitzung am 14.10.2021

Ergebnisse der AGs zum Sozialbericht – Teil 1

Demografie, Altersarmut, Pflege, Wohnen

Fragestellung für alle AGs:

Welche fachliche Bewertung habe ich zu den Zahlen?

Welche konkreten Handlungsempfehlungen habe ich?

Teilprotokoll zur AG 1 zum Thema Demografie

Moderation: Phillip Kallenbach (Demografiereferent); Protokoll: Sarah Schreiber (Servicestelle Statistik)

Teilnehmende: Tobias Schläger (Bildungsgenossenschaft Südniedersachsen/ Partnerschaft für Demokratie (PfD), Holger Deiters (Bildungsregion), Kerstin Wittenberg (WRG), Anja Kreye (Leader Osterode am Harz), Petra Graunke (KSB Göttingen-Ost), Daniela Brill (Kinder- und Jugendbüro Adelebsen), Jörg Arnecke (Kriminalprävention der PI Göttingen), Swantje Eigner-Thiel (HAWK), Frank Uhlenhaut (Leader Osterode am Harz/Harz-Energie), Nicole Prediger (Stadt Hann. Münden).

Erkenntnisse des 2. Sozialberichtes (S. 24 – 30)

- **wir werden älter**
Die meisten Älteren (65+) und Hochbetagten (80+) leben in der Region Südharz, insbesondere in Bad Sachsa (31,5 % anteilig an der Gesamtbevölkerung) und Walkenried (32,2 %).
- **wir werden weniger**
Betrachtet man die Geburten- und die Sterbefälle, verliert der Landkreis Göttingen im natürlichen Bevölkerungssaldo jedes Jahr zwischen 2017 und 2019 mehr als 1.000 Einwohner*innen.
- Bei den **Zu- und Abwanderungen** lässt sich beobachten, dass in den Jahren 2017 – 2019 in allen Städten, Gemeinden und Samtgemeinden bis auf die SG Gieboldehausen mehr Menschen zugewandert als abgewandert sind.
- **Zuwanderung** oft abhängig von Wohnraumangeboten: dort wo gebaut wurde können rein rechnerisch mehr Menschen zuziehen, oft werden dabei junge Familien als Zielgruppe in Ein- und Zweifamilienhaussiedlungen gelockt (Beispiele wurden genannt)

Fachliche Bewertungen - Abwanderung wird vermieden durch:

- Arbeitsplätze: Erwerbsmöglichkeiten vor Ort
- Wohnen: Wohnraum erhalten, schaffen
- Mobilität: Bahnanschluss, Anbindung an das Oberzentrum, Zubringer um die „letzte Meile“ zu überwinden
- Kerne: eine lebendige Innenstadt
- KITA-Plätze: im selben Wohnort
- Zugehörigkeit: sozial und emotional in einem Ort ankommen können; sich binden (als Zugezogene*r); gegenseitige Wertschätzung unterschiedlicher Menschen in einem Ort
- Begegnung. Treffpunkte erhalten bzw. schaffen
- Das Besondere eines Ortes pflegen: jeder Ort hat „eine Perle“

- Stärkung der älteren Menschen nicht aus den Augen verlieren: nicht jede ältere Person hat die Möglichkeit sich eine Wohnung in der Stadt zu leisten und ist damit angewiesen auf den PKW um in die nächstgrößere Stadt zu gelangen. Unfälle sind im höheren Alter oft die Folge dieser Abhängigkeit
- daher Seniorenstärkung, verbunden mit einer Stärkung der Nachbarschaftshilfe, weil die Kinder oft nicht mehr vor Ort leben.

Empfehlungen der Beiratsmitglieder

- Für die Landespolitik: Demografie-Faktor bei den Schlüsselzuweisungen des Landes stärken
- Für die Kommunen: Menschen in den Orten halten, Zuwanderung nicht steuerbar, jedoch Attraktivität ist abhängig von den Faktoren, die auch Abwanderung vermeiden (siehe oben)
- Für Ehrenamtliche: Fahrdienste können Menschen in die nächsten Orte bringen (Versicherungen gibt es!) z.B.: Patientenmobil, Bürgerbus

Teilprotokoll zu AG 2 zum Thema Altersarmut

Moderation: Daniela Jeksties (Sozialplanung); Protokoll: Margitta Kolle (Assistenzkraft)

Teilnehmende: Lilia Nester, Frau Puls, Angela Traube-Bömelburg, Gabriele Bock, Herr Gemmecke, Frau Jacobi, Herr Meinard (GT; vgl. Artikel vom 26.10.2021)

- Die Altersarmut ist vergleichbar mit Bund und Land
- Die Altersarmut ist weiblich
- Quote in einigen Regionen stärker ausgeprägt, in anderen weniger
- möglicherweise hohe Dunkelziffer

Fachliche Bewertung

- *Hattorf* sehr ländlich, Ältere leben in Großfamilien und im Verbund, daher evtl. wenig Beantragung
- Entwicklung der Grundsicherung nach SGB II beachten – wachsen neue Menschen von SGB II in SGB XII, evtl. Menschen die nicht mehr berechtigt sind für SGB II sind (kann erst später gegenüber gestellt werden)
- *Bad Sachsa* früher viel Zimmervermietung- möglicherweise als Selbständiger keine Einzahlung in Rentenkasse, durch Leerstand keine Mieteinnahmen mehr.
- *Hann. Münden/Herzberg* evtl. Wegfall von Industriezweigen; auch da kann es zur Minderung von Arbeitsplätzen und Mindereinzahlung in Rentenkasse gekommen sein
- hohes Maß an TZ und Minijobs schwerpunktmäßig bei *Frauen*
- Anteil erwerbstätiger Frauen nimmt zu, Anteil weiblicher geringfügig Beschäftigter nimmt ab, SV pflichtige Arbeitsplätze steigen.
- viele Frauen arbeiten, Anstrengungen waren gut (Tagespflege, Krippe usw.) aber zu viele Frauen arbeiten in TZ.
- *Generationenfrage*, wer jetzt im Bezug ist, viele Kinder, wenig qualifizierte Jobs, Mütterrente, Perspektivisch müsste sich durch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und bessere Qualifizierung die Situation für die Generation der jetzt erwerbstätigen Frauen verbessern

- Daher Auswirkung auf Altersarmut erst *langfristig* zu sehen: aufzeigen, was es bedeutet, wenn man arbeitet
- Effekte der Familienzentren, Kita-Betreuung usw. müssten sich doch auch in Zahlen abbilden

Empfehlungen der Beiratsmitglieder - Ideen/Ansätze, die bewirken, dass keine Altersarmut entstehen kann:

- hohes Einkommen-höhere Rente (ca. 41.000 pro Jahr – 1 Rentenpunkt) TZ entsprechend weniger – Mindestsicherung 1200/1300 € sinnvoll, Anhebung von Bund oder Arbeitgebern um eine Angleichung zu bekommen
- (Langzeit-)Studie oder Masterarbeit an Uni/HAWK über Thema Altersarmut, Situationsanalyse, regionale Unterschiede beleuchten
- Lücke zwischen armen Menschen und denen, die sich helfen lassen bzw. von Grundsicherung im Alter Gebrauch machen.
- Beratung durch Senioren.- und Pflegestützpunkt, mehr Öffentlichkeitsarbeit in Sachen Grundsicherung im Alter, Begleitung bei Antragstellung, Thema einfache Sprache
- Formularlotsen einführen (z.B. im Kinder- und Jugendbereich),
- Familienzentren sollen beratend unterstützen
- Viele trauen sich aber nicht, überhaupt einen Antrag auf SGB-Leistungen zu stellen. Gute Beratung durch Rentenversicherung – möglicherweise einen Hinweis auf dem Rentenbescheid, dass ein Antrag SGB XII gestellt werden kann.
- Ansprechperson in den einzelnen Orten, nicht an weitere Stellen verweisen (z.B. Landkreis) besser vor Ort klären und unterstützen
- schwierig in Familienphase und auch später zu viele TZ und geringfügig Beschäftigte, daher weiterhin Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten in der Familienphase= Bemühungen zeigen sich in der Prognose erst später (langsame und langfristige Entwicklung)
- Ausgleich zu RV-Beiträgen bei TZ und Geringfügigen Beschäftigten schaffen
- Jede/r Altersarme ist eine/r zu viel

Teilprotokoll AG 3 zum Thema Pflege

Moderation: Regina Meyer (Demografiebeauftragte), Protokoll: Karolina Köhne (Projekt GIVE)

Teilnehmende: Dr. Corinna Morys-Wortmann (GRG), Inke Teuteberg (Landfrauen), Ute Dervedde (Freiwilligenagentur), Jörg Mannigel (Diakonie), Dr. Hartmut Wolter (FAG), Volkmar Keil, Christine Aschenbrenner

Fachliche Bewertung

- 2017: Gesetzesänderung in der Pflegereform (seitdem deutlich mehr unterstützte Angehörigenpflege)
- 6,4 Prozent weniger Ambulante Pflegedienste
- Hattorf: viele Pflegeheimplätze, hohe Zahl an alten Menschen, hohe Zahl an Pflegebedürftigen
- Hohe Bedeutung der pflegenden Angehörigen

Geringerer Anteil Ambulanter Pflege: für Pflegeanbieter wegen langer Wege nicht attraktiv?

- Vermutung: weiter Weg nicht kostendeckend / nicht wirtschaftlich
- Gegenrede: Anbieter versuchen, alle zu pflegen, die gepflegt werden wollen
- Nicht kostendeckende Wege müssen sich ausgleichen
- Ambulante Pflege: von mehreren Wohlfahrtsverbänden abgegeben an Alt und Neu Betlehem (können nur indirekt was dazu sagen)
- Pflegepauschale deckt Wege nicht ab (umsatzgeringe Pflege geht nicht gut bei weiten Wegen)
- Pflegedienste haben unterschiedliche Strategien (hohe Fachkraftquote vs. geringe Quote) manche müssen dann sagen, sie können Patient*innen nicht übernehmen, weil sie kein Personal haben
- Gesamtzahl der Pflegebedürftigen nimmt zu: können Pflegedienste nicht mithalten?
- These: In der Corona-Pandemie steigt die Zahl derer, die zuhause gepflegt werden (aber: war erst in 2000 ein Thema, Bericht nur 2017-19)
- Tagespflegeanteile (und auch Nachtpflege) sind gewachsen: machen Pflege zuhause vermutlich attraktiver

Leerstelle im Bericht: Meist informeller 24 Std.-Pflegedienst:

- Wie kann man dazu an Daten kommen?
- Wie erreicht man 24std Pflege aus Osteuropa? Wie macht man das korrekt?
- Wohlfahrtsverbände haben das bisher nicht in ihre Obhut genommen. Wie geht man da Qualitätssichernd heran?
- Es gibt ein Projekt bei der Caritas, um 24std Pflegen sozialversichert bzw. rechtlich besser aufzustellen
- (Beispielhaft schnell recherchiert:) <https://pflegeagentur24.de/hausliche-pflege-auch-caritas-und-diakonie-setzen-inzwischen-auf-polnische-pflegekraefte.html>
- Gibt es für 24std Kräfte ein Supervisionsangebot? Sollte es auf jeden Fall geben
- Thema sollte im nächsten Bericht behandelt werden

Personalmangel in der Pflege:

- Personalbeschaffung in Ambulanten Bereichen: die meisten Mitarbeiter*innen werden durch Erstausbildung und Umschulung gewonnen. Es gibt keine generelle, erfolgreiche Strategie von Auslandsanwerbungen
- UMG + Weender KH haben aus Italien und den Philippinen Fachkräfte angeworben
- Umfrage der ARGE, wer Angestellte aus dem Ausland holen will: Nur ein Arbeitgeber hat es gemacht. Es kostet den Arbeitgeber 10.000 Euro pro Kraft (Kosten für die Weiterbildung)
- Pflegesysteme sind noch nicht richtig aufgestellt. Global gesehen ist es keine gute Idee Fachkräfte aus anderen Ländern zu holen, die dort fehlen könnten, ARGE rekrutiert nur aus „Überschussländern“)

Empfehlungen der Beiratsmitglieder

- Überforderung von **pflegenden Angehörigen**
 - > Geschlechteranteil ändert sich: 1/3 der pflegenden Angehörigen sind Männer
 - > mehr ältere Menschen bzw. Rentner*innen pflegen ihre Angehörige

- **Entlastenden Dienste für pflegende Angehörige**
 - > **Selbsthilfegruppe Pflegende Angehörige**, gleichzeitiges Angebot für Pflege in der Zeit ist dann notwendig > wie könnten Selbsthilfegruppen im Ländlichen Raum aussehen? was stärkt, was unterstützt?
- **Informationslücke:** Viele Menschen wissen nicht, was man beantragen kann > gezielter informieren
- **Fachkräftemangel:** Anwerben von Pflegekräfte zwiespältig
- **Pflegende Kinder und Jugendliche:** erhebliche Zahlen, z.B. Eltern mit psychischen Beeinträchtigungen > wichtig auch dort hinzugucken
- **Plädoyer: Alter nicht reduzieren auf Pflege und Armut:** auch Bildungschancen sehen, zum Beispiel durch Weiterbildungen zur Pflege (werden von Krankenkassen angeboten)
- Gemeinde-"Schwester", Hausbesuche des Senioren- und Pflegestützpunktes
- Mobile Wohnberatung

Teilprotokoll zu AG 4 zum Thema WOHNEN

Moderation: Eva-Maria Martin (Inklusionskoordinatorin); Protokoll: Catrin Dake (Hauptgeschäftsbuchhaltung Ref. 06)

Teilnehmende:

Juliane Hofmann (Fachwerk5Eck), Jens Ludwig (Kreiswohnbau OHA/Gö), Hans-Jürgen Voss (FAG), Melissa Niewind (HAWK), Ulrike Gerischer (Die Grünen, AG Wohnen), Trixi Schirmer (Privat)

Erkenntnisse aus dem Sozialbericht:

- Geringfügiger Anstieg des Wohnungsbestands (2017 -> 2018 = 0,3%; 2018 -> 2019 = 0,4 %)
- Wohnungsneubauquote (Neubauten je 1.000 Einwohner) in Rosdorf, SG Radolfshausen, Bovenden, Duderstadt und Staufenberg am höchsten
- Wohnfläche je Einwohner: Walkenried 61 qm / Person; Hann.Münden & Rosdorf 48 qm / Person, Stadt Göttingen 42 qm / Person
- Unter 10 % des Wohnungsbestandes sind 1-2-Raum-Whg. Mehr als 50 % sind 5-7-Raum-Whg
- Verhältnis Sozialwohnungen am Wohnungsbestand liegt bei 0,7 % (Stadt Gö: 3,9 %)
- Stark rückläufige Anzahl von Sozialwohnungen (Rückgang um 28,2 % von 2019 zu 2017) durch Baulandverteuerung, Baukostensteigerung, günstige Zinsen verleiten dazu auf öffentliche Fördermittel und bürokratische Verpflichtung zu verzichten.
- 9 gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften halten nicht (mehr) alle Sozialwohnungen vor
- I.d.R. sind diese Sozialwohnungen nicht barrierefrei oder barrierearm.
- Lediglich die Kreiswohnbau Osterode / Göttingen GmbH achtet vermehrt bei Neubauten darauf.
- Ausgabe von Wohnberechtigungsscheinen in Hann.Münden, Osterode und Bovenden am höchsten.

Fachliche Bewertung

Zu wenig Sozialwohnungen, warum?

- Förderung der 50/60er, 90er Jahre ist ausgelaufen.
- Einkommensgrenzen wurden seit Jahren nicht angehoben: Wohnraumförderung §3 untere Einkommensgrenzen (Inklusion, Grundsicherung im Alter, Altersarmut) -> kein Markt mehr

aufgrund der Einkommensgrenze (2012/2013 10 Jahre alt, von NBank festgesetzt). Geringe Einkommen können sich diese Wohnungen nicht leisten.

- Leistung „Kosten der Unterkunft“ deckt die Kosten nicht ab.
- Zudem sind die Kostenhöchstsätze je qm der NBank für §3 aufgrund von Kostensteigerungen und erhöhten Anforderungen (z.B. Klima) nicht mehr einzuhalten. Hier bedarf es einer Förderung, um die Kosten der Bauträger zu senken und auch eine Anpassung der Wertgrenzen (Miete je qm), um überhaupt einen geförderten Wohnungsbau mit niedrigen Mietpreisen zu ermöglichen und wirtschaftlich darstellen zu können. Deshalb engagiert sich die Kreiswohnbau Osterode/Göttingen GmbH nur noch für bezahlbaren Wohnraum für die mittleren Einkommensgrenzen.
- Angedachte Zielgruppen kommen durch Entwicklungen (Einkommen, Preissteigerungen) nicht in den Genuss der Förderung eine barrierefreie Wohnung zu beziehen.
- Die Baukosten und Anforderungen zur Mietpreisbildung einerseits passen nicht mit den Einkommensgrenzen und Bedarfen der Zielgruppen überein.
- Probleme bei mittleren Einkommen durch Vermögensberücksichtigung (Situation: Witwe benötigt barrierefreien Wohnraum, muss Eigenheim verkaufen, fällt aus der Einkommensgrenze, kann damit den geförderten Wohnraum nicht beziehen)

Empfehlungen der Beiratsmitglieder

- Nds. Wohnraumförderungsgesetz: Die Einkommensgrenzen müssen angehoben werden – Wohnraumfördernovelle in Arbeit?
- Die Kosten der Unterkunft müssen für barrierefreies Wohnen angepasst werden
- Wohnraumversorgungskonzept sieht keinen Bedarf für barrierefreies Wohnen von öffentlich geförderte Neubauten vor. Hier bedarf es eine Nachjustierung.
- Zusatzförderung für Klimaschutzmaßnahmen
- Belegungsbindung längere Zeit belassen
- Gemischte Wohnquartiere fördern

- Vorschlag: Problematik im KT schildern und politischen Beschluss fassen, Druck auf NBank ausüben.

Protokoll: D. Jeksties, R. Meyer

19. Demografie-Beiratssitzung am 09.12.2021

Ergebnisse der AGs zum Sozialbericht - Teil 2

Kinder und Jugendliche

Fragestellung für alle AGs:

Welche fachliche Bewertung habe ich zu den Zahlen?

Welche konkreten Handlungsempfehlungen habe ich?

Teilprotokoll zur AG 1 zum Thema Kinderarmut, Bildung + Teilhabe

Moderation: Regina Meyer (Leiterin Referat Demografie und Sozialplanung); Protokoll: Philipp Kallenbach (Demografiereferent)

Teilnehmende: Angelika Kruse, Frank Uhlenhaut, Ilyas Cangöz, Rochus Winkler, Angela Sohnrey, Dennis Dörner, Andreas Gemmecke, Manfred Fraatz, Markus Menge, Tobias Schläger, Ute Dervedde

Fachliche Bewertungen

- Kinderarmut ist auch **Elternarmut**. Die Armutsgefährdung ist bei Familien mit vielen Kindern und bei Alleinerziehenden (meist Frauen) besonders hoch.
- **BuT:** Warum die Inanspruchnahme der Teilhabe-Leistungen so viel geringer ist, als im Vergleich zu Leistungen für Bildung, ist unklar. Die Sportvereine beraten auf Nachfrage zu den Leistungen für Bildung und Teilhabe. Jedes Mitglied anlasslos zu beraten überfordert jedoch die Vereine.
- Die **Beantragung** der Leistungen für Bildung und Teilhabe ist für sich genommen nicht zu bürokratisch. Anspruchsberechtigte Familien müssen allerdings meist eine Vielzahl an Anträgen (Elterngeld, Kindergeld, Kinderzuschlag, Wohngeld, etc.) ausfüllen, was in der Summe eine Überforderung darstellt. Weiterhin darf die sprachliche Hürde nicht zu gering eingeschätzt werden.
- Im Bereich **Legasthenie** werden Therapien nicht über die Leistungen für Bildung und Teilhabe gedeckt, da sie über andere Rechtsgrundlagen abgedeckt sind. Hierbei zeigt sich die Zerfaserung der Unterstützungsangebote.
- Die aktuell aufgelegten Programme zur **Abmilderung der Pandemie-Folgen** von Bund und Land (Startklar in die Zukunft, Auf!leben) können nur bedingt kurzfristig Abhilfe zur Stärkung von Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche schaffen.

Empfehlungen der Beiratsmitglieder

- **Niedrigschwellige Beratung:** Die Hürde zu den Beratungsangeboten für anspruchsberechtigte Personen muss weiter ausgebaut werden.
- Es braucht Hilfsangebote für Familien, die in einer **Lotsen-Funktion** dabei unterstützen, dass die bestehenden Leistungen auch bei den anspruchsberechtigten Kreisen ankommen.
 - Mit dem Beratungsangebot **Taff (Teilhabe und Arbeit für Familien)** besteht im Landkreis ein Projekt, das als Hilfestellung für Familien dienen soll und das aktuell modellhaft ausgebaut wird.

- **Forderung an Bundesebene:** Es soll eine automatische Zuweisung der Förderungen bei anspruchsberechtigten Kindern erfolgen.
 - HINWEIS: Im Koalitionsvertrag zwischen SPD, Grüne, FDP ist die Kindergrundsicherung vereinbart worden, was die Zuwendungen für Leistungen für Familien bündeln soll und somit möglicherweise dabei helfen kann, die Lücke zwischen Antragsberechtigten und Leistungsbeziehenden Personen zu schließen.
- **Existenzsichernde Beschäftigung** (insbesondere für Frauen) gewährleisten.
 - Kinderbetreuungsangebote müssen eine existenzsichernde Beschäftigung ermöglichen.

Teilprotokoll zu AG 2 zum Thema Kinderbetreuung, Einschulung, Schulabschlüsse

Moderation: Katja Neumann (Jugendhilfeplanerin), **Protokoll:** Margitta Kolle (Assistenz Ref. 06)

Teilnehmende: Frau Teuteberg, Herr Broda, Frau Brill, Frau Ercan, Frau Rüngeling, Herr Keil, Frau Steininger, Frau Koblitz, Frau Gerhardy, Frau Schmiel-Richter, Herr Regenhardt, Frau Köchermann, Frau Dr. Reichmann

Fachliche Bewertung

- Fortschreibung der **Qualitätsstandards bei Tagesmütter** sollte Vergleichbarkeit mit Qualitätsstandards in Kitas gewährleisten
- Terminierung der Zusagen/Rückmeldungen auf April / Mai d.J. erschweren den Müttern/Vätern eine zeitnahe Mitteilung an den Arbeitgeber über Rückkehr an Arbeitsplatz nach Elternzeit → **Planungssicherheit** ist hier wichtig
- **Vereinbarkeit:** Bei der Vermittlung von Eltern in den Arbeitsmarkt fehlende Kindertagesbetreuung/ oder unflexible Betreuungszeiten sind ein wichtiger Grund, woran Vermittlung scheitern kann
- **Kita-Bedarfsplanung** in den Gemeinden wird durch mögliche **Flexi-Kinder** erschwert, Stichtag für eine Entscheidung der Eltern zur Einschulung ist der 1.5.d.J. Die Anzahl der für ein weiteres Jahr in der Kita verbleibenden Kinder kann u.U. bis zu 25 Kinder in den größeren Gemeinden im Kindergarten ausmachen, diese Plätze können dann nicht neu belegt werden
- Bildungsberichte der Bildungsregion spiegeln Trends und Zahlen des Sozialberichtes wieder

Empfehlungen der Beiratsmitglieder:

- Dem **Fachkräftemangel im Bereich Kita** kann entgegenwirkt werden, indem Quereinsteigern die Qualifizierung ermöglicht wird. Interessenten sind vorhanden, da es sich aber um eine schulische Ausbildung handelt, kann die Agentur für Arbeit keine Förderung übernehmen, Umschulung scheitert häufig daran.
- Ein **Seiteneinstieg in den Erzieherberuf** wird für Schulabgänger mit Fachabitur Soziales künftig leichter, da diese mit ihrem Abschluss auch Sozialassistent*innen sind. Agentur für Arbeit befindet sich dazu im Austausch mit den Berufsbildenden Schulen. Notwendigkeit der Kommunikation dieser Option der Fachkräftegewinnung zu den Kitaträgern wird gesehen.

- **Sprachbarrieren** schon frühzeitig abbauen, junge Mütter mit Migrationshintergrund gehen wenig raus aus ihren Kreisen, Kinder benötigen sprachliche Unterstützung in Kitas, Plätze müssen rechtzeitig zur Verfügung stehen
- Bei möglichen **Schulschließungen** nicht nur auf erreichte Schülerzahl schauen, sondern auch auf (regionale) Besonderheiten - ist evtl. ein hoher Migrationsanteil zu verzeichnen, dann sind kleine Klasse und weniger Schülerzahlen besser. Ist die Alternative lieber weniger Schulen, aber ein gutes fachliches Angebot? Mögliche Bedarfe müssen frühzeitig mitgeteilt werden → Hinsichtlich Klassengrößen/ Schulaufhebungen ist der LK an gesetzliche Vorgaben gebunden, Schulentwicklungsplanung wird im Rahmen dieser Wahlperiode fortgeschrieben werden.
- **Übergang Schule-Beruf** → Es müssen Perspektiven in allen Schulformen für die Kinder/Jugendlichen aufgezeigt werden
- Das **Projekt „Schulbetrieb“** für Förderschulen wird in Kooperation mit betrieblichen Partnern durchgeführt, Maßnahmen zur berufl. Orientierung gibt es viele, sinnvoll ist ein Angebot mit viel Praxisbezug → Selber ausprobieren, weniger informieren!
- Schulen erhalten regelmäßig Infos, **Berufseinstiegsbegleitung** als Angebot des LK → Einzelförderung für Schüler*innen, deren Abschluss gefährdet ist (HS/RS), aktuell fehlen Praktikas
- Viele Ideen scheitern an politischen Entscheidungen, Angebote und Möglichkeiten zur Information an die Schulen und Jugendlichen sind da, oftmals fehlt die Zeit oder der Wille an den Schulen es umzusetzen, Schüler*innen mehr in die Entwicklung / Konzeptionierung von Angeboten zur Berufsorientierung einbinden, personelle Wechsel an Schulen bietet Chancen zu inhaltlichen Veränderungen, auch für den Bereich der Berufsorientierung
- **Regionales Berufswahlnetzwerk SEK II** als Vernetzungsangebot, Berufsorientierung an Gymnasien auf neue Beine stellen, aber Schulen (Gymnasien, BBSen) stehen in Konkurrenz, wenn Schüler*innen an BBS wechseln, sinken Schülerzahlen, möglich Konsequenz an Gymnasien ist ein geringeres Kursangebot bzw. Angst vor Schließungen
- Streuung von Informationen für Jugendlichen aus dem Landkreis darf **nicht an der Stadtgrenze scheitern**, in Gemeinden ohne eigene weiterführende Schulen brauchen Kinder und Jugendreferenten die Möglichkeit der Kommunikation ihrer Angebote über die Schulen

Teilprotokoll AG 3 zum Thema Kindeswohlgefährdung / Sprachvermögen und Verhaltensentwicklung bei Kindern

Moderation + Protokoll: Daniela Jeksties (Sozialplanerin)

Teilnehmende: Dr. Corinna Morys-Wortmann, Margrit Wolter, Karin Wode, Jens Ludwig, Jannis Brünjes, Ulrike Schimmelpfeng, Kristina Schulz, Klaudia Hanisch, Kristin Karáth

Fachliche Bewertung

- Bestätigung des Befundes: die Anzahl des **Verdacht**es auf Kindeswohlgefährdung steigt (Grundschule Adelebsen)

- Ursachen: Familien in Not wg. psychischer Erkrankung und wirtschaftlicher Notlagen
- Beobachtung: Verarmung der **Sprache** insbesondere bei Kindern aus Elternhäusern mit niedrigem Bildungsgrad – betätigt den Befund (Normalbefund bei 45% der Kinder)
- Die Beobachtung, das **Verhaltensauffälligkeit** bei Kindern aus Elternhaus mit niedrigem Bildungsgrad steigt, entspricht nicht dem Befund (Auffälligkeiten sinken bei niedrigem Bildungsgrad der Eltern, steigende Auffälligkeiten bei Eltern mit hohem Bildungsgrad)
- Bedarf an **Schulbegleitung** steigt
- Es besteht Sorge, dass durch verstärkten Fokus und Ausbau der **strukturellen Hilfen** im Sinnen der Präventionsorientierung die Gewährung von **individuellen Hilfen** zu kurz kommt
- Trotz steigender Zahlen nach wie vor Verdacht auf hohe Dunkelziffer bei Kindeswohlgefährdung
- Nach wie vor **Angst vor „der Behörde“ Jugendamt**, Scheu sich zu melden bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung

Empfehlungen der Beiratsmitglieder

- **Absenkung der Barrieren**, um Meldung auf Verdacht auf Kindeswohlgefährdung zu erleichtern
- Schaffung / Ausbau von **niedrigschwelligen Anlaufmöglichkeiten** wie Familienzentren (FamZ) / Stadteiltreffs
- Die Familienzentren (FamZ) nicht überfrachten/überfordern, sondern Zivilgesellschaft stärker einbeziehen aus dem jeweiligen Sozialraum
 - Um Ansprechperson bei Kindeswohlgefährdung zu sein (Ehrenamtliche in Vereinen Verbände sensibilisieren, schulen) und die Angst vor Jugendamt zu umgehen
 - Zur Sprachförderung verstärkt Ehrenamtliche einsetzen / pensionierte Lehrkräfte -> „Vorlesepaten“ zur Förderung von Kindern auch mit Migrationshintergrund – hierdurch erreicht man den Kontakt zu den Eltern mit Migrationshintergrund
- Früh beginnen mit Unterstützung und Eltern einbeziehen – **Projekt „Fit fürs Leben“** im Landkreis ausweiten und verstetigen
- **Kinder selbst ermächtigen**, Hilfe zu holen, Anlaufstellen für Kinder vereinfachen: Projekt „Kelly Insel“ in Hattorf, Symbol mit Wiedererkennungswert in Grundschulen, an Geschäften, die signalisieren „wir helfen dir“
- **Landkreis mit Unterstützungsangeboten** gut aufgestellt (Frühe Hilfen, Frühförderung, FamZ, Mehrgenerationenhaus, Beratungsstellen...), jedoch Angebote nicht bei allen Akteuren bekannt
- Stärkere **Vernetzung der Akteure** untereinander bezüglich Information über bestehende Angebote, Austausch über Entwicklungen
 - Vernetzung gewährleisten u.a. mit Vereinen, Verbänden, Kinder- und Jugendbüros neben den offiziellen Stellen wie Schulen, Kitas oder Verwaltung
 - Projekte wie PaC (Prävention als Chance) weiter ausbauen und durch sie Vernetzung sicherstellen – es braucht einen Kümmerer/eine Kümmerin
- Durch **Corona** sind tendenziell Angebote weggebrochen – Bestandsaufnahme ist notwendig – wo fehlt was? Aufgabe für den Fachbereich Jugend
- **Sozialpädagogische Maßnahmen an Schulen** sind notwendig und müssen ausgebaut werden – keine „Zuständigkeitsgerangel“ zwischen Land und Kommune – die Umsetzung muss pragmatisch seitens des Landkreises erfolgen

- Förderung der Kinder durch Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) – Einführung der **Bildungscard** hat noch nicht wirklich zu Vereinfachung geführt

Protokoll gez. D. Jeksties